

Haushaltsrede HH 2022

sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Langner,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Mohrs,
sehr geehrte Frau Bildungs- und Kulturdezernentin Dr. Theis-Scholz,
sehr geehrter Herr Baudezernent Flöck,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,
sehr verehrte Koblenzer Bürger*innen,
ich grüße auch die Vertreter der Presse,

Die beiden vergangenen Jahre werden wir wohl alle nie vergessen. Die Pandemie war und ist das dominierende Thema in Politik und Gesellschaft und wird uns auch zukünftig vor große Herausforderungen stellen. „Corona“ hat einen hohen Tribut von unseren Kindern und Jugendlichen gefordert. Menschen mit geringer Bildung waren die eindeutigen Verlierer. Selbständige gerieten in Existenznot. Die Freizeitgestaltung kam zum Erliegen und Kultur konnte phasenweise nur im digitalen Raum stattfinden. Wo Märkte quasi über Nacht umgekrempelt wurden, gerieten traditionelle Player ins Hintertreffen. Bei anderen Unternehmen wiederum florierte der Absatz. Der Einzelhandel verbuchte in vielen Fällen starke Rückgänge, einige wenige profitierten dagegen. Die Gastronomie geriet unter Druck, aber Lieferdienste konnten Umsatzeinbußen teilweise auffangen.

Wir sind sehr froh über die von der Stadt Koblenz eingeleiteten Maßnahmen, die zum Ziel hatten, die Auswirkungen der Pandemie abzumildern. Hier haben der Stadtvorstand, die Verwaltung und der Rat der Stadt Koblenz vorbildlich zusammengearbeitet.

Unser besonderer Dank gilt dem Stadtvorstand,

dem Oberbürgermeister Langner, der mit seinem Maßnahmenpaket - hier nenne ich nur beispielhaft die Reduzierung der Gewerbesteuvorauszahlungen und die Werbekampagne - Hilfe und Förderung für die Wirtschaft in Koblenz geleistet hat.

der Bürgermeisterin Mohrs, die gemeinsam mit ihrer Mannschaft durch vorausschauendes Handeln dafür gesorgt hat, dass Koblenz bei allen Maßnahmen - hier nenne ich exemplarisch das Impfzentrum - immer etwas schneller waren als viele andere Kommunen.

der Schul- und Kulturdezernentin, Theis-Scholz, die in dieser Pandemie sowohl die Verantwortung für die Schulen, hier nenne ich stellvertretend die Umsetzung der Sommerschule und zusätzliche Sprachkurse für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, zu tragen hat, als auch die Kulturschaffenden nicht aus dem Auge verlieren darf. Und es war beachtlich, wie es ihr gelungen ist, in dem engen Korsett der freiwilligen Leistungen, Fördermöglichkeiten und Unterstützung für die Kultur zu kreieren.

Wir danken all den Mitarbeiter*innen der Stadt Koblenz für ihr beispielhaftes und großes Engagement in dieser schweren Zeit. Wir wissen, dass viele an ihre Belastungsgrenzen geraten sind.

Unsere Sportvereine, die ja maßgeblich durch das Ehrenamt getragen werden, gehören ebenfalls zu den Opfern der Pandemie. Mitgliederschwund und somit Einnahmeverluste sowie Einschränkungen in allen Aktivitäten erschweren es ihnen, ihren Fortbestand zu sichern. In der Vergangenheit haben die Vereine durch ihre vereinseigenen Anlagen die Stadt Koblenz entlastet. Nun ist es an uns, die finanzielle Zukunft der Vereine einfacher zu gestalten. Daher war uns wichtig zu beantragen, die Zuschüsse für 2022 zum Erbbauzins auf 90 % für das Jahr 2022 zu erhöhen.

Unsere Schausteller trifft die Pandemie besonders hart. Keine Branche musste so lange ausharren und durchhalten, um endlich wieder Einnahmen verzeichnen zu können. Und dies alles mit der Voraussetzung des Monsters Hygienekonzept, das einen hohen Aufwand abverlangt. Daher war es für uns in den Beratungen eine Herzensangelegenheit, hier einen 50 %igen Erlass der Standgebühren zu fordern.

Die wahren Held*innen der Pandemie waren ohne Frage die Mitarbeiter*innen unseres Klinikums. Von einer Überschreitung der Belastungsgrenze kann man hier nicht mehr reden. Es wurde und wird dort bis zur Erschöpfungsgrenze gearbeitet.

Natürlich, unser Dank ist allen sicher. Aber das ist doch nicht genug! Ärzte und Pflegepersonal brauchen bessere Arbeitsbedingungen, die Kliniken selbst eine solide Finanzierung.

Die Corona-Pandemie hat uns gezeigt: Große kommunale Krankenhäuser sind zusammen mit den Universitätskliniken das Rückgrat einer hochwertigen Gesundheitsversorgung. Jeder Tag der Pandemie war und ist eine neue Bewährungsprobe. Doch wie unser Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein sind auch viele andere Krankenhäuser inzwischen selbst Patient. Sie sind chronisch unterfinanziert.

Deshalb schließen wir uns der Forderung des Städtetags an: Der Bund muss Rahmenbedingungen schaffen, damit die Betriebskosten auskömmlich finanziert werden können, unter anderem, damit die Infrastruktur für Notfallbehandlungen und medizinische Versorgung vorgehalten werden kann und grundfinanziert wird.

Es darf es nicht sein, dass die bisher duale Krankenhausfinanzierung dauerhaft erweitert wird, indem Kommunen gezwungen werden, die zu geringe Finanzierung von Betriebs- und Investitionskosten durch jährliche Verlustausgleiche zu kompensieren und damit ihre eigenen Haushalte zu belasten.

Damit würde die Kommune nämlich neben Land und Krankenkassen, allein über das Gesellschaftsrecht, also durch die Hintertür, sich zur dritten Finanzierungssäule entwickeln.

Wir danken unserem Oberbürgermeister für all die Zeit, Kraft und Energie, die er zur Lösungssuche und Verhandlungen mit unseren Partnern einsetzt. Fast täglich beansprucht das Thema Klinikum enorme Zeiteile seines Arbeitspensums - Zeit, die ihm dann für andere wichtige Themen fehlt.

Die „Daseinsvorsorge für alle“ darf nicht gefährdet sein. Die Politik sollte die Verantwortung dafür übernehmen, dass die medizinische Versorgung für alle Bürger auch in Zukunft nicht gefährdet ist.

Weiterhin ist für uns in der Politik die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein Thema von höchster Priorität. Existentiell spielt hier die Kinderbetreuung eine Rolle. Spätestens seit den 1990iger Jahren hat sich daraus eine gesellschaftliche Herausforderung und Aufgabe von hohem Bedeutungsgrad entwickelt. Unterschiedlichste Akteure wie Betriebe, Arbeitnehmer und politische Institutionen sahen sich mit dieser Thematik konfrontiert. Doch auch 21 Jahre später zeigt sich, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für viele nicht zufriedenstellend gelöst ist und noch viele Nachbesserungen erforderlich sind.

Wir bauen in Koblenz Brücken, die auf beeindruckende technische Weise final an ihren Standort verschoben werden können, wir bauen auf der Basis von 5000 m² das Kellergeschoss unseres neuen Hallenbads in nur 90 Tagen auf. Drohnen übernehmen in Koblenz die Aufnahme von Bauschäden. In unglaublicher Schnelligkeit werden neue Impfstoffe entwickelt. Aber auf die Fertigstellung des bereits in 2018 angekündigten Neubaus der Kita in Horchheim werden wir alle noch warten müssen.

Fakt ist, es besteht ein bedingter Rechtsanspruch für Kinder - vor Vollendung des ersten Lebensjahrs - ergo für alle Kinder, deren Eltern sich in Ausbildung oder Erwerbstätigkeit befinden, deren Eltern an einem dringend erforderlichen Sprachkurs teilnehmen ein besonderer pädagogischer Grund vorliegt. Vom 1.-3. Lebensjahr besteht der Rechtsanspruch auf Kita- oder Tagespflege und ab der Vollendung des 3. Lebensjahrs ein Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz.

Eine fatale Tatsache ist, dass in Koblenz 370 Kita-Plätze nach wie vor fehlen, die durch noch nicht vorhandene Tagesmütter ersetzt werden sollen.

Dass hier keine Klagewelle auf die Stadt Koblenz prallt, liegt nur an der großen Not und das Erfordernis der Eltern, sich mit kurzfristigen Lösungsangeboten zur Deckung des Betreuungsbedarfs ihrer Kinder zurecht finden zu müssen.

Wenn die Anmeldung bei „Litte Bird“ erfolglos bleibt, kann die Suche nach einem Betreuungsplatz für die Eltern zum Canossagang werden. Mit einem negativen Bescheid können sich die Betroffenen beim Jugendamt melden und erhalten dann eine Liste der in Frage kommenden Tagesmütter. Dann gilt es nicht nur diese eigenverantwortlich abzutelefonieren, sondern dieses auch zu dokumentieren. Dazu ist nicht jeder in der Lage, insbesondere, wenn er die deutsche Sprache nicht oder nur unzureichend beherrscht!

Bleibt dies wiederum erfolglos, bietet der Antrag auf Vermittlung die nächste Chance. An dieser Stelle betrifft dies

noch nicht einmal das Recht der Eltern der Wahl einer speziellen Kita aufgrund eines besonderen pädagogischen Konzepts, der Konfessionszugehörigkeit des Kindes, des eigenen sozialen Umfelds oder um den Kontakt zu späteren Mitschüler*innen in der Grundschule zu fördern.

Doch was ist dieser Rechtsanspruch wert.

Jetzt ist das Jugendamt gefordert, eine geeignete Kita zu finden. Bei dem Mangel an zur Verfügung stehenden Plätzen dürfen wir dessen Mitarbeiter*innen keinen Vorwurf machen, dass hier ein langer Weg für kleine Füße die Folge sein kann.

Mit „Little Bird“ hat die Verwaltung ohne Frage einen Versuch unternommen, den Weg zur Anmeldung für die Eltern zu erleichtern. In der Statistik täuschen die eben beschriebenen Wege einen gut verlaufenden Prozess vor. In der Realität heißt es für die Betroffenen jedoch, lange zu bangen.

Die Ungewissheit, ob die Betreuung des Kindes gesichert ist, bringt Scharen von Eltern an den Rand der Verzweiflung und wird zu beherrschendem Thema ihres Alltags. Die Unplanbarkeit von Ausbildung oder Beruf erzeugt Existenzängste. Die Sorge um das fehlende erste oder auch zweite Einkommen ist für alle Betroffenen belastend.

Frau Bürgermeisterin Mohrs, ich weiß, dass sie ihr Amt als Bürgermeisterin mit einem hohen Anspruch angetreten haben. Uns ist bewusst, dass Sie an dieser Stelle auch einen Mangel verwalten müssen, der durch andere zu vertreten ist.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alle muss in Koblenz aber endlich selbstverständlich werden. Wir setzen auf Sie.

Der Ausbau der Ganztagschulen leistet bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und darüber hinaus zur Gewährleistung von schulischer Chancengleichheit einen unverzichtbaren Beitrag. Alle Grundschulen, die aufgrund ihrer Schulgröße antragsberechtigt waren, sowie alle Realschulen Plus und Förderschulen sind bereits in Koblenz Ganztagschulen. Auch im weiterführenden Schulbereich können inzwischen erfreuliche Fortschritte zur Erweiterung des Ganztagsbetriebs verzeichnet werden.

Ein weiteres Thema, das die SPD-Fraktion umtreibt, ist der bezahlbare Wohnraum.

Bereits in der Vergangenheit war die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum größer als das Angebot. Die Zinspolitik in Europa, das Corona-Phänomen, das den Wirtschaftskreislauf erheblich gestört hat und der Mangel an Baustoffen treiben auch in Koblenz die Baupreise hoch. Somit spitzt sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt in Koblenz weiter zu. 2015 lag der durchschnittliche Mietpreis bereits bei 7,28 Euro Kaltmiete pro m². In 2020 stieg dieser Wert auf 9,34 Euro. Bei neu gebautem Wohnraum werden mittlerweile bereits Preise um die 14,00 Euro aufgerufen. Immer weniger Bürger sind in der Lage, diese Mietpreise zu bezahlen.

Unsere Gesellschaft hat offenbar verlernt, was ‚sozial geförderter Wohnraum‘ bedeutet und wer einen Anspruch darauf hat. In den Köpfen der Bürger hat es sich manifestiert, dies nur mit untersten sozialen Schichten zu verbinden.

Doch das ist falsch.

Beim 2. Förderweg des Landes Rheinland-Pfalz liegt die Einkommensgrenze für eine vierköpfige Familie bei 82.829 Euro Brutto im Jahr. Zum Vergleich: Im Jahr 2020 lag das durchschnittliche Bruttoeinkommen von Vollzeitkräften in Deutschland bei 47.700€. Folglich hätten viele „Normalverdiener“ einen Anspruch auf eine staatlich geförderte Wohnung. Doch während unser Bedarf stetig ansteigt, sinkt die Zahl der zur Verfügung stehenden Wohnungen dramatisch, was folgende Zahlen belegen.

Bis 2025 werden in Koblenz weitere 996 Wohnungen aus der sog. Preisbindung fallen, während im selben Zeitraum nur etwa 400 neue, preisgebundene Wohnungen gebaut werden, der Löwenanteil sogar von privaten Investoren. Die Flächen, die sich zurzeit in der Entwicklung zu Wohnraum befinden, machen zwar Hoffnung, doch die Realisierung

der Pläne wird noch mehr als 10 Jahre dauern. Wir brauchen jetzt schnelle Projekte. Daher bedauern wir sehr, dass die im Haushalt 2021 genehmigten 4 Mio. € nicht dafür genutzt worden sind.

Meine Damen und Herren,

gestatten Sie mir bei dieser Thematik einen Blick über den Koblenzer Tellerrand hinaus. Mainz zeigt, wie es gehen kann: In den Jahren 2016 bis 2018 baute die Stadt Mainz 227 geförderte Wohneinheiten – im gleichen Zeitraum waren es genau sechs in Koblenz. Voraussichtlich bis zum Herbst 2022 wird die Wohnbau Mainz GmbH noch einmal 290 Wohnungen realisieren, auch hiervon viele gefördert. Man sieht: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Koblenz kann und muss mehr tun, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen! Hier sollten Politik und Verwaltung an einem Strang ziehen und Lösungen suchen.

Daher fordern wir

- die für Wohnraumförderung eingestellten 4 Mio. zu nutzen,
- unsere Koblenz Wohnbau durch zusätzliches Personal leistungsfähiger zu machen,
- geeignete Grundstücke für unseren Wohnbau zu finden
- und auch den Kauf von Immobilien nicht auszuschließen.

Meine Damen und Herren,

Für alle unsere wichtigen Investitionen benötigen wir entsprechende Einnahmen. Dass wir in der Vergangenheit hier richtig gehandelt haben, zeigen unsere Gewerbesteuereinnahmen als wichtigste Einnahmequelle. Mit einem Ansatz von 121,7 Mio. € könnte man sich vielleicht zurücklehnen. Doch dies dürfen wir nicht tun. Unsere Wirtschaft steht in einem Wandel, den viele mit der Industriellen Revolution vergleichen. Robotik wird die Arbeitswelt der Zukunft verändern. Die Robotertechnik wird immer mehr Arbeitsprozesse verkürzen und dies nicht nur unter dem Stichwort Industrie 4.0. Daher müssen wir uns bereits heute die Frage stellen, wo entstehen die Jobs von morgen, wo liegen die Zukunftsherausforderungen? Welche Start-ups müssen gefördert werden? Dabei müssen wir die Stärken und Kompetenzen sowohl unserer Universität als auch der Hochschulen in Koblenz und der Region nutzen.

Bei unseren Überlegungen für die Zukunft müssen wir uns jedoch bewusstmachen, dass unsere jetzigen Gewerbeflächen begrenzt sein werden.

Wir stellen uns beispielhaft die Frage, ob die erfolgte Ansiedlung einer neuen Autowaschstraße in der Zukunft viele Arbeitsplätze und Gewerbesteuereinnahmen bringen wird.

Aus diesem Grund fordern wir, auf der Grundlage eine Summe von 100.000,00 € eine Konzeptionsentwicklung, die der strategischen Aufstellung der Wirtschaftsförderung zugutekommen soll.

Wie immer ist die Zeit zu kurz. Viele Aspekte und Schwerpunkte sind ebenfalls von so hoher Bedeutung, dass sie in diesen Ausführungen thematisiert werden müssten. Dies würde den zeitlichen Rahmen sprengen, aber - seien Sie versichert- wir werden diese nicht aus den Augen verlieren.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die SPD-Fraktion stimmt dem Haushaltsentwurf 2022 zu.